



Prof. Vahrenholt stellte auf der Kuratoriumssitzung auch sein jüngstes Buch vor. Titel: „Die große Energiekrise – und wie wir sie bewältigen können.“



Staatssekretär a.D. Dr. Jürgen Aretz, der schon in Thüringen für den Bereich Wissenschaft und Forschung Verantwortung trug, wird dieses Spektrum auch im Kuratorium abdecken.

Ideologische Engstirnigkeit

So hätten die Bündnisgrünen Kohlekraftwerke lautstark zum Hauptfeind erklärt, obwohl diese durchaus umwelt- und klimafreundlich betrieben werden könnten, indem man sie mit einer CO₂-Abscheidung ausstatten würde. Weiterhin habe man den Fehler gemacht, dass in den letzten zehn Jahren Kraftwerke stillgelegt wurden, ohne diese durch verlässliche neue Kraftwerke zu ersetzen. Dies alles habe zur Folge gehabt, dass sich die Strompreise verdreifacht und die Gaspreise sogar vervierfacht hätten, hob Vahrenholt hervor. Sein Fazit: „Es ist die ideologische Engstirnigkeit, die die Grünen dazu bringt, sich technologischen Lösungen gegenüber zu versperren.“

Weltweit höchstes Strompreisniveau

Vor allem die exorbitant gestiegenen Gaspreise würden Unternehmen – insbesondere kleine und mittelständische Betriebe – in den Ruin treiben. Der gesamte Bereich der Metallverarbeitung ist nach Vahrenholts Worten betroffen. Gleiches gelte für die Kunststoff- und Glasindustrie, wobei auch die Chemische Industrie zu kämpfen habe, weil beispielsweise der Energiebedarf bei der Herstellung von stickstoffhaltigen Düngemitteln auf Erdgas basiere. Die Erdgasverteuerung habe die Düngemittel bereits doppelt so teuer werden lassen wie vor drei Jahren, was sich heute wiederum in den Nahrungsmittelkosten niederschläge, betonte der frühere Hamburger Umweltsenator. Hinzu komme, dass es in Deutschland den Industriebetrieben mit dem im weltweiten Vergleich höchsten Strompreisniveau nicht leicht gemacht werde. Er wisse aus mannigfachen Gesprächen, dass sich viele Unternehmen mit dem Gedanken beschäftigen, die Produktion herunterzufahren, weil sie, laut eigener Aussage, auf Dauer nicht realisieren könnten, die gestiegenen Kosten auf ihre Endprodukte umzulegen, wusste Fritz Vahrenholt zu berichten.

Dreifacher CO₂-Fußabdruck

Für besonders widersinnig hält der SPD-Politiker, dass China – als große Exportnation – in Deutschland als Entwicklungsland eingestuft werde und daher von dem Pariser Abkommen von einer CO₂-Begrenzung ausgenommen sei. Jede dritte Tonne CO₂ werde im Reich der Mitte produziert, unterstrich Vahrenholt. Damit erhalte jede Produktion, die aus Deutschland nach China verlagert werde, einen dreimal so großen CO₂-Fußabdruck, wie dieselbe Produktion in Deutschland. Das heiße im Umkehrschluss, dass die stattgefundenen Verlagerung der Produktion von Daimler-Benz Motoren nach China dazu geführt habe, dass bei der Produktion dieser Motoren deren CO₂-Bilanz verdreifacht wurde. Zusammengefasst bedeute dies: „Weniger Arbeitsplätze,

geringerer Lohn für die Arbeitnehmer und eine erhöhte CO₂-Bilanz“, konkretisierte Vahrenholt seine Missbilligung.

Auch die Weigerung von Rot-Grün, eigene Gasreserven durch Fracking zu erschließen, fand deutliche Kritik von Fritz Vahrenholt. Diese Technologie könne in Deutschland „sauber“, und damit umweltfreundlich zum Einsatz kommen und in den nächsten 20 bis 30 Jahren das Erdgas zu günstigen Bedingungen liefern. Deshalb sei der Bezug von Flüssiggas aus den USA keine sinnvolle Lösung, sagte Vahrenholt mit Blick auf die CO₂-Bilanz des Transports und der mangelnden Sorgfalt der Amerikaner bei der Gas-Förderung.

Keine CO₂-Entlastung und höhere Kosten

Den größten Anschlag auf die Mitte der Gesellschaft sieht Vahrenholt in den Plänen der Ampel-Regierung, den Einbau einer Öl- oder Gasheizung ab dem 1. Januar 2024 zu untersagen und so nach Experteneinschätzung die Bürger in den kommenden fünf Jahren mit rund 45 Milliarden Euro zu belasten. Das „Wärmepumpendesaster“ wie Fritz Vahrenholt die Ampel-Pläne nennt, bringe nach seinen Berechnungen und denen von Professor Ganteför beim heutigen Stromerzeugermix keinerlei CO₂-Entlastung, sondern verursache nur höhere Kosten, wenn die Gasheizung durch eine Wärmepumpe ersetzt werde.

(Anmerkung der Redaktion: Prof. Vahrenholts Aussagen werden durch eine Analyse des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln bestätigt. Dieses rechnete vier Szenarien in Nordrhein-Westfalen mit sich unterschiedlich entwickelten Energiepreisen durch. Dabei legten sie die Kosten für die Installation der neuen Heizung auf die Betriebsdauer um. Sie kamen zu folgendem Ergebnis: Auch wenn die 25 Prozent staatlichen Förderungen schon abgezogen wurden, ist in allen Szenarien der Einbau einer Gasbrennwertheizung günstiger als eine Wärmepumpe. Auch hier betrachteten die Experten die Kosten auf die gesamte Laufzeit der Heizung.)

Innerhalb der Bundesregierung hätten sich die Bündnisgrünen auf der ganzen Linie durchgesetzt und die FDP habe sich über den Tisch ziehen lassen, so Vahrenholts Fazit.

Unterbelichtetes Wissen

Dass Politiker, deren Wissen über energiepolitische Gesamtzusammenhänge vielfach unterbelichtet ausfalle, derart weitreichende Entscheidungen trafen, begründet Vahrenholt mit einem erheblichen Niveauverlust bei den Parlamentariern. So seien kaum Ingenieure im Deutschen Bundestag zu finden, dafür aber zu viele Abgeordnete, die noch nie eine eigene Steuererklärung abgegeben hätten. Zudem gehe es vor allen den Bündnisgrünen um Ideologie und damit um